

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepalte Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Cederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 29 .: 33. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 10b .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 18. Juli 1919

Inhalt. Beitragsleistung. — Vom Gewerkschaftskongress. — Der Ermittlungswert des Gewerkschaftsgedankens. — Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände in Nürnberg. — 1. Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — Aus unsem Beruf. — Streits und Lohnbewegungen. — Korrespondenzen. — Bekanntmachung der Hauptverwaltung. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Wahlvorschlüge zum Verbandstag in Nürnberg. — Adressenänderungen. — Blätterchau. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 20. bis 26. Juli 1919 ist der 30. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Vom Gewerkschaftskongress. (Schluß).

Unserem vorigen Bericht schlossen wir mit der Wiedergabe der Vertrauenskundgebung des Kongresses für die Generalkommission. Da die Abstimmung eine namentliche war, mußte das Ergebnis erst ausgegählt werden nach der Stärke der vertretenen Mitgliederzahlen. Demzufolge waren an der Abstimmung beteiligt 4791 114 Mitglieder, wovon mit Ja 3307 335 und mit Nein 1483 779 stimmten. Dieses Resultat bedeutet eine Klärung, nach der man seit Jahren gelehrt hat. Mehr als zwei Drittel unserer gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sprechen der ersten Gewerkschaftsinstanz ihr Vertrauen aus. Es darf aber dabei betont werden, daß auch unter dieser gewaltigen Majorität sich Arbeiter befinden werden, die nicht mit allen Handlungen der Generalkommission einverstanden sein werden. Das dürfte das gute Recht eines jeden einzelnen sein, ohne dabei den großen Gesichtspunkt des gemeinschaftlichen Arbeitens aus dem Auge zu verlieren.

Der Kongress nahm dann Stellung zum Eisenbahnerstreik und dem Moskauerlaß, den er entschieden verurteilte, weil es das ungeschmälerte Recht der Eisenbahner sein muß, ihr Streikrecht gegebenenfalls auszuüben. Die Verurteilung der wilden Streiks sollte gleichfalls damit ausgesprochen sein und wurden die Eisenbahner ermahnt, die ohnehin stark geschädigte Wirtschaftslage nicht noch mehr zu schwächen. Eine entsprechende Entschließung fand gegen zwei Stimmen Annahme.

Den augenblicklichen politischen Parteiverhältnissen in der Arbeiterbewegung trug ein Beschluß des Kongresses Rechnung in der Resolution Wäplov und Genossen, welche durch Zankson-Berlin begründet wurde. Das Mannheimer Abkommen, wie es in unseren Kreisen kurz benannt wurde, hatte den Zweck, die Generalkommission und den Parteivorstand zu verpflichten, in Fragen, welche die Partei und Gewerkschaften gemeinsam berührten, zusammen zu verhandeln. Hierdurch wurden viele strittige Punkte von vornherein ausgeglichen und hat im Laufe der Jahre ein sehr kameradschaftliches Arbeiten zwischen den leitenden Instanzen statt-

gefunden. Der Miß in der Arbeiterbewegung schafft täglich neue Konfliktstoffe und so schien es geboten, den Trennungsschritt zu ziehen, um so den Streit aus den Gewerkschaften fernzuhalten. Die angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

Der X. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erklärt, daß die Gewerkschaften die Arbeitnehmer unbeschadet der politischen oder religiösen Überzeugung des einzelnen zu einheitlicher und geschlossener Aktion zwecks Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen vereinigen müssen.

Das Mannheimer Abkommen mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom Jahre 1906, das eine Verständigung der beiden Zentralleitungen bei wichtigen, die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse betreffenden Fragen verlangt, hatte den Zweck, diese Aktionskraft der Arbeiterklasse durch Vermeidung von Differenzen zwischen gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterbewegung zu erhöhen. Die politische Neutralität der Gewerkschaften gegenüber ihren Mitgliedern wurde davon nicht berührt.

Aber dieses Abkommen hatte eine einheitliche politische Interessenvertretung der deutschen Arbeiter zur Voraussetzung. Diese Voraussetzung ist nicht mehr vorhanden. Die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei gefährdet auch die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften. Der Gewerkschaftskongress sieht sich daher genötigt, die Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien auszusprechen. Die politischen Meinungskämpfe der Arbeiter dürfen die Stokkraft ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung, der Gewerkschaften, nicht schwächen.

Die Gewerkschaften dürfen sich jedoch nicht auf die enge, berufliche Interessenvertretung ihrer Mitglieder beschränken, sie müssen vielmehr zum Brennpunkt der Massenbestrebungen des Proletariats werden, um den Kampf für den Sozialismus zum Siege führen zu helfen.

Hierauf folgte ein sehr anregendes Referat der Genossin Gertrud Hanna über die Arbeiterinnenfrage. In der darauf folgenden Diskussion wurde die Herausgabe der „Gewerkschaftlichen Frauen-Zeitung“ angegriffen. Der Kongress entschied sich für folgende Entschließung:

Der X. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erneuert die bereits auf früheren Kongressen gefaßten Beschlüsse, die auf die Notwendigkeit intensiver Aufklärungsarbeit zur Gewinnung der weiblichen Arbeitskraft für die gewerkschaftlichen Organisationen hinweisen. Es sieht darin und in der Heranziehung der organisierten Frauen zur tätigen Mitarbeit in den Gewerkschaften ein Mittel, etwaige Interessengegenstände zwischen Männern und Frauen im Arbeitsverhältnis auszugleichen und den Frauen eine dem Werte ihrer Leistungen entsprechende Bezahlung zu verschaffen. Das Wirken für gleiche Bezahlung von Männen- und Frauenarbeit bei gleicher Leistung erscheint dem Kongress selbstverständlich.

Der Kongress anerkennt das Recht der Frauen auf Arbeitsplätze, die ihren Eigenarten und Fähigkeiten entsprechen. Er macht den Gewerkschaften zur Pflicht, darauf zu achten, daß bei Einstellungen und Entlassungen von Arbeitsträgerinnen frauenfeindliche Bestrebungen nicht zur Geltung kommen.

Genosse Leipart-Berlin referierte dann über die Richtlinien für die künftige

Wirksamkeit der Gewerkschaften und über die Betriebsräte. Wir verweisen hierbei auf die Nr. 18 unserer Zeitung, in der wir die Vorschläge der Vorstandskonferenz abgedruckt haben. Als Korreferent trat Müller-Berlin auf, der jeden revolutionären Hauch an den Ausführungen Leiparts vermehrte. Redner gab in großen Zügen die Ausführungen wieder, welche im Laufe der letzten Monate schon öfter über das Räteystem die Presse durchlaufen haben. Als er von einem Teil des Kongresses gedrängt wurde, doch zu sagen, was er eigentlich will, antwortete Müller: „wir wollen die Beseitigung der liberalen Demokratie. Die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise kann freilich nicht von heute auf morgen in eine sozialistische durchgeführt werden.“

Nun folgte das Referat Adolf Cohens über die Arbeitsgemeinschaften, dem wiederum Müller mit einem Korreferat entgegentrat. Die Diskussion über diese Referate wurde gemeinsam geführt, dabei stand die Frage der Arbeitsgemeinschaft im Vordergrund.

Die Richtlinien wurden in namentlicher Abstimmung mit 407 gegen 192 Stimmen angenommen und für die Entschließung Cohens stimmten 420 Delegierte. Diese hatte folgenden Wortlaut:

Der X. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erblickt in den Arbeitsgemeinschaften die konsequente Fortführung der Tarifvertragspolitik der Gewerkschaften. Die Arbeitsgemeinschaften bedeuten die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter und sind geeignet, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und die kollektive Regelung des Arbeitsrechts zu verwirklichen. Die Arbeitsgemeinschaften dienen diesem Zwecke überall dort, wo die Privatwirtschaft nicht durch eine sozialistische Wirtschaftsweise ersetzt ist.

Unter der Voraussetzung, daß den Arbeitnehmern in allen Institutionen der Arbeitsgemeinschaften, sowie bei allen Verhandlungen und in allen Körperchaften, die dem Aufbau und der Förderung unseres Wirtschaftslebens dienen, vollste Parität mit den Unternehmern gewährleistet wird, empfiehlt der Kongress allen Gewerkschaften die Beteiligung an der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften.

Die Satzungen des zu gründenden Gewerkschaftsbundes wurden nach einem Referat Leiparts einer Kommission überwiesen, die eigentlich recht wenig an der Vorlage änderte. Ihre vornehmste Tätigkeit lag in der Abwehr der massenhaft gestellten Anträge. Der Bund wurde also beschloffen und der Bundesvorstand daran anschließend gewählt. Gewählt sind: Erster Vorsitzender Karl Legien; Stellvertreter Graßmann (Buchdrucker); ferner Cohen (Metallarbeiter); Kassierer Rube (Zimmerer); Redakteur Umbreit (Holzarbeiter); befohdete Sekretäre sind: Anoll (Steinseher) und Döfler (Bergarbeiter). Urbefohdete Beisitzer sind Wackert (Brauereiarbeiter), Brunner (Eisenbahner), Brunß (Fabrikarbeiter), Giebel (Bureauangestellter), Sabath (Schneider), Sassenbach

(Sattler), Schmidt (Lohnarbeiter) und Silberschmidt (Bauarbeiter).

Einer der interessantesten Punkte war das Referat Paul Umbreits, des Redakteurs des „Korrespondenzblattes der Generalkommission“, der über das Problem der Sozialisierung der Industrie sprach.

„Von allen fordert der Sozialismus volle Arbeitspflicht. Für Müßiggänger ist kein Platz im sozialistischen Staat. Der Sozialismus ist keine Lohnfrage für die einzelnen, sondern eine Existenzfrage für die Allgemeinheit.“

Nicht weniger Beachtung fand das Korreferat des Dr. Rudolf Silberding. Im Grunde genommen unterschieden sich die beiden Referate nur in politischer Hinsicht und war der Beifall des Kongresses aus den Reihen der Mehrheit fast ebenso stark als wie von den Vätern der Minderheit.

Im abgekürzten Verfahren beschäftigte sich der Kongress noch mit den gewerkschaftlichen Unterrichtsfragen und der Lehrlingsfrage. Beide Materien wurden von unsemr Freund Sassenbach vorgetragen und den Anträgen entsprechend angenommen.

Für den Ausbau der Sozialversicherung wurde eine Sachverständigenkommission gebildet, welche entsprechende Gesetzesvorschläge auszuarbeiten hat.

Bei der Behandlung der sonstigen Anträge gab es manch stürmische Attacke, doch Legien setzte sich durch und leitete den Kongress würdig seinem Ende zu.

Der Mitvorsitzende Genosse Reichel, der zweite Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, hielt eine längere Schlussrede, in der er die Bedeutung dieses Kongresses und seiner Beschlüsse trefflich hervorhob.

Die Gewerkschaften wollen die Geschlossenheit unter allen Umständen aufrecht erhalten, das ist der Wille des Nürnberger Kongresses. Unsere gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat es nun in der Hand, sich einig und geschlossen hinter ihre Vertreter zu stellen.

Auf, laßt die Tat dem Entschluß folgen!

Der Ewigkeitswert des Gewerkschaftsgedankens.

Das ganze Sein der Natur besteht aus Kampf und Hilfe, aus Daseinskampf und Zusammenschluß. Schon in der primitivsten Natur finden wir diese gegenseitige Hilfe, dieses Zusammenwirken von Tier und Tier, Tier und Pflanze, Tier und Mensch, und je vollkommener diese Lebenskreise sind, je geschlossener sie auftreten und je mehr sie zusammenwirken mit anderen Kreisen des Zusammenlebens, um so höher ist die Entwicklung gestiegen.

In unserem gewerkschaftlichen Verbände haben wir schon einen Zusammenschluß freien Ringens im Sinne eines Entwicklungszieles, und darum kann der, der entwicklungs-geschichtlich zu denken versteht, gar nicht daran zweifeln, daß unser Verband, daß der gewerkschaftliche Ge-

danke seine entwicklungs-geschichtliche Bedeutung ewig behalten wird. Und wenn die Welt noch so vollkommen wird, gerade dann ist nötig der sprudelnde Quell des Organisations-schaffens, der ihr immer wieder neues Leben gibt, damit der ganze Lebensstrom nicht verfaule in einem allgemeinen unpersönlichen Sumpfe des Stillstandes.

Die Entwicklung kennt keine Grenze, kein Ziel, wenn die Stufe erreicht, die wir in unseren kühnsten Träumen herbeigeführt, dann bieten sich dem kommenden Menschen wieder neue Höhen. Vorwärts, aufwärts, höher hinauf! bleibt ewig der Entwicklungstrieb, und das freie Ringen der organisatorischen Zusammenschlüsse freier Menschen allein ist die treibende Kraft, die die Menschheit immer weiter hinausführt zu immer sonnigeren Höhen ewiger Menschenliebe.

Dr. Gustav Hoffmann.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände in Nürnberg.

Am 28. Juni fand in Nürnberg anläßlich des Gewerkschaftskongresses eine Vorstandskonferenz statt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm die Konferenz Stellung zu dem Streikverbot des Reichswehrministers Noske gegen einen Teil der deutschen Eisenbahnen, und beschloß nach längerer Erörterung eine Kundgebung, in der der unermeßliche Schaden, den dieser Streik im deutschen Wirtschaftsleben hervorruft, betont wird, gleichwohl aber das Streikrecht der Eisenbahner verteidigt wird.

Der Beitrag zum Allgemeinen Gewerkschaftsbund wurde auf 5 Pf. pro Mitglied und Vierteljahr festgesetzt.

Bezüglich der Kosten der Bezirks-Unterrichtskurse wurde beschlossen, daß die Kosten der Beherdungen vom Bundesvorstand, die Kosten der Teilnehmer von den beteiligten Orten getragen werden. Der Bundesvorstand wurde ermächtigt, die Zentral-Unterrichtskurse zu geeigneter Zeit wieder festzusetzen und eine geeignete Form dafür zu wählen.

Die Verhandlungsgegenstände „Organisation und Streikrecht der Beamten“ sowie „Zentralarbeitsgemeinschaft“ wurden von der Tagesordnung der Konferenz abgesetzt, ebenso der Punkt: „Tarifverträge in Industriebetrieben mit gemischt-beruflicher Arbeiterschaft“.

Ueber die Konferenz der Arbeitersekretäre berichtete H. Müller. Die Vorstandskonferenz nahm die Beschlüsse derselben zur Kenntnis und schloß sich dem Wunsch nach einer zeitgemäßen Regelung der Leistungen der Unterstützungsvereinigungen an in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angehörigen an.

Im weiteren besahe sich die Konferenz mit den Gewerkschaftsverhältnissen in den vom Feinde besetzten Gebieten, sowie mit der Regelung der Organisationsverhältnisse der in Diensten der Reichswehr stehenden Gewerkschaftsmitglieder. Man kam zu der Entscheidung, daß diese Regelung jedem Verbande gemäß seinen Satzungen überlassen werden müsse.

In dem Grenzstreit zwischen dem Verband der Fabrikarbeiter und Porzellanarbeiter hat der erstere Verband die Wahl von Schiedsrichtern abgelehnt. Der Vorsitzende des Porzellanarbeiterverbandes beantragte daraufhin, den Fabrikarbeiterverband zur Anerkennung der Ansprüche des Porzellanarbeitersverbandes zu verurteilen und diesen Beschluß durch den Kongress bestätigen zu lassen.

Die Arbeiter der Grobkeramik und die Plattenarbeiter verbleiben. Die Generalkommission war sofort bereit zu einer solchen Erklärung, die näherer Formulierung bedürfe. Die Konferenz stimmte dieser Erklärung des Streitfalles zu, wobei Genosse Leipart für künftige Schiedsgerichte eine gründliche Untersuchung der strittigen Berufsfragen durch die Schiedsrichter an Ort und Stelle wünschte.

Eine zweite Sitzung der Vorstandskonferenz am 2. Juli beschäftigte sich mit der Haltung der „Osniata“, dem Gewerkschaftsblatt für die polnisch sprechenden Arbeiter. Der Redakteur dieses Blattes, Caspar, nahm das Recht für sich in Anspruch, in diesem Organ für ein Groß-Polen einzutreten, so-

fern deutsche Gewerkschaftsvertreter für ein Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland wirken. Die Generalkommission wies diesen Mißbrauch des Gewerkschaftsblattes zurück und verlangte von dem Redakteur unbedingte Neutralität in diesen Fragen. Lehnt er diese Verpflichtung ab, dann wird die Generalkommission die entsprechenden Schritte zur Sicherstellung unzeres Gewerkschaftsblattes gegenüber großpolnischem Mißbrauch zu unternehmen haben.

Eine dritte Sitzung der Verbandsvorstände fand am 4. Juli statt. Es wurde seitens der Generalkommission mitgeteilt, daß mit dem Redakteur der „Osniata“ über Sicherungsmaßnahmen für die künftige Haltung des Blattes im polnischen Streit verhandelt worden sei. Caspar habe eine befriedigende Erklärung abgegeben. Da die Opposition auf dem Gewerkschaftskongress eine geschlossene Vorschlagsliste für die Wahlen zum Bundesvorstand eingebracht hat, so hielt es auch die Vorstandskonferenz für angebracht, eine Vorschlagsliste aufzustellen.

Nach längerem Meinungsaustausch einigte man sich auf folgende Vorschläge: Erster Vorsitzende: Legien; stellvertretende Vorsitzende: Cohen und Graßmann; erster Redakteur: Umbreit; Kassierer: Kube; Sekretäre Knoll und Pöfler; Unbesoldete Mitglieder: Giebel, Brunner, Sabbath, Sassenbach, Silberschmidt, G. Schmidt und Badert.

1. Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Nürnberg, den 6. Juli 1919.

Die Sitzung wurde von Legien eröffnet und zunächst als Revisoren die Genossen Blum, Gatz und Urban gewählt. Sodann wurde eingehend die Regelung der Gewerkschaftsverhältnisse in den besetzten östlichen Gebieten beraten.

Auf Antrag des Vorsitzenden des Deutschen Buchbinderverbandes wurde beschlossen, daß Angestellte des Bundesvorstandes künftig politische Mandate nur mit Zustimmung des Bundesausschusses annehmen dürfen.

Für die Regelung der Gehälter der Angestellten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde eine Gehaltskommission eingesetzt, die zugleich die Fragen der Pensionierung und der Vereinerung der bestehenden Unterstützungsvereine prüfen und Vorschläge machen soll.

Weiterhin wurde die Einsetzung einer Kommission gewährt, um eine Neuordnung für die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit zu prüfen und geeignete Vorschläge dafür zu machen, die dem Reichsarbeitsministerium zu unterbreiten sind.

Ueber den Erlaß eines Auswanderungsgesetzes machte Janson einige Mitteilungen, die die Berücksichtigung gewerkschaftlicher Forderungen und die Bekämpfung gemeinschaftlicher Unternehmungen auf diesem Gebiete betrafen. Es ist ein Reichswanderungsamt eingesetzt und die gewerkschaftliche Stellenvermittlung für das Ausland soll verboten, jede andere Stellenvermittlung und Auskunftsverteilung behördlich konzessioniert werden. Es wurde in der Ansprache hierüber gewünscht, die Ein- und Auswanderungsfragen auf der bevorstehenden internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam zur Erörterung zu bringen. Die deutschen Gewerkschaften sollen auf diese wichtigen Dinge aufmerksam gemacht und zur Uebernahme der Auskunftsverteilung angeregt werden. Auch soll für eine stärkere Vertretung der Gewerkschaften gesorgt werden.

Ferner legte die Redaktion des „Gewerkschaftlichen Nachrichtenblattes“ den Gewerkschaftsvorständen eine regelmäßige und aktuelle Berichterstattung nahe.

Es wurde angeregt, die Referate des Gewerkschaftskongresses über die Sozialisierungsfrage im Sonderdruck herauszugeben. Das Bedürfnis hierfür soll durch Rückfrage bei den Verbandsvorständen festgestellt werden.

Aus unserem Beruf.

Zur Lederversorgung in der Lederwarenindustrie. Die „Lederindustrie“ schreibt hierzu: „Die Portefeuillelederfabrikanten, die Portefeuillelederhändler und die Lederwarenfabrikanten haben sich zusammengetan, um im Auslande zu sondieren, ob und welche Rohwaren, Halb- und Fertigfabrikate zur besseren Versorgung der Lederwarenindustrie eingeführt werden können, und zwar unter Einhaltung der Verpflichtung zur Wiederausfuhr. Drei Kommissionen sind unterwegs nach Skandinavien, der Schweiz, Holland. Es handelt sich dabei keineswegs etwa um ein Monopol oder dergleichen

Unternehmen, zunächst soll bloß untersucht werden, unter welchen Bedingungen unter Einhaltung der gegenwärtig geltenden Einfuhrbestimmungen eine bessere Versorgung der Portefeulle- und Lederwarenfabrikanten möglich ist.

Internationaler Kongress der Schuh- und Lederarbeiter. Der Sekretär der internationalen Schuh- und Lederarbeiter-Union, Genosse Simon Nürnberg, beruft für den 1. September d. J. einen Kongress nach der Schweiz ein. Der Kongress soll Stellung zu dem Kongress in Washington nehmen, der im Oktober d. J. stattfindet, und auf dem Delegierte aller Länder vertreten sein werden, die sich mit der Frage des Arbeiterrechts beschäftigen sollen. Bekanntlich haben die Gewerkschaften, welche dem internationalen Sekretariat angeschlossen sind, Forderungen zu dem Friedensvertrag gestellt. Der Gewerkschaften kümmert sich wenig um das Arbeiterrecht und soll in Washington zu dieser wichtigen Frage Stellung genommen werden. Auf der Schweizer Konferenz soll neben der Berichterstattung auch noch über die Frage verhandelt werden, ob es möglich ist, alle zurzeit bestehenden internationalen Sekretariate, also auch einschließlich des internationalen Sekretariats der Sattler und Portefeuller, zu einem Sekretariat zu vereinigen. Unsere Stellungnahme zu dieser Frage ist insoweit etwas erschwert, weil erst anlässlich unseres Verbandstages am 15. September die erste Zusammenkunft der Vertreter der noch angeschlossenen Länder stattfinden kann.

Streiks und Lohnbewegungen.

Ghemnis. Mit der Sattler- und Riemenmacher wurde ein Tarifvertrag vom 1. Juni bis 30. Dezember 1919 abgeschlossen. Die Löhne betragen a) für Ausgelernte im ersten Jahre nach der Lehre die Stunde 1,15 Mk., b) Sattler unter 21 Jahren 1,45 Mk., c) Sattler über 21 Jahre 1,60 Mk., d) ältere Sattler, welche selbständig arbeiten, 1,90 Mk. Für die ersten beiden Lebensjahren werden 25 Proz., die weiteren sowie Sonntagsarbeit mit 50 Proz. bezahlt. Weiter ist in dem Vertrag die Arbeitszeit, Lohnausnahmsbestimmung, Urlaub, sowie Schlichtung von Streitigkeiten auf paritätischer Grundlage geregelt. Sondervereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, die diesem Vertrage zuwiderlaufen und geeignet sind, dessen Bestimmungen zu umgehen, sind ungültig.

Es ist dies der erste Vertrag, welcher mit der Annahme abgeschlossen ist. Gibt es auch noch Läden in diesem Vertrag, so wollen wir doch hoffen, daß das wenige strikte eingehalten wird. Verhöre sind sofort an die Ortsverwaltung zu melden, wo auch der gedruckte Vertrag zu haben ist.

Korrespondenzen.

Dresden. Am 2. Juli wurde in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung zum neuen Verbandsstatut Stellung genommen. Dem Vorschlag des Vorsitzenden, in die Generaldiskussion einzutreten, wurde widersprochen und mußte demzufolge in die Spezialberatung eingetretten werden. Die einzelnen Paragraphen wurden, zum Teil nach eingehender Aussprache, in der vom Zentralvorstand veröffentlichten Fassung angenommen. Zu § 12 Abs. 5 können die Versammelten nicht die Zustimmung erteilen und wurde der in der vorausgegangenen Vertrauensmännerversammlung zum Beschluß erhobene Antrag: „Den Ortsverwaltungen steht der fünfte Teil aus den Einnahmen an Beiträgen und Eintrittsgeldern zur Verfügung“, einstimmig angenommen. Einige Kollegen protestierten noch dagegen, daß unser Angestellter in letzter Zeit viel zu Tätigkeiten nach außenwärts herangezogen wurde, stellten fest, daß dadurch die am Orte vorhandene Arbeit nicht in dem erforderlichen Maße erledigt werden kann, was sich besonders bei der Lohnbewegung in der Reiseartikelbranche zeigte und wünschten, daß vom Zentralvorstand eine andere Regelung in dieser Angelegenheit herbeigeführt wird.

Güstrow. In einer gutbesuchten Versammlung sprach Kollege Döhnert-Berlin über Zweck und Ziele der Organisation. In leicht verständlicher Weise mußte der Referent die erschienenen Mitglieder zu fesseln und wurde der Vortrag mit Beifall aufgenommen. Das Hauptinteresse des Abends wandte sich der Maßregelung zweier Kolleginnen vom der Firma Sah n zu. Kollege Döhnert machte den erfolgreichen Versuch, die Wiedereinstellung der beiden Arbeiterinnen herbeizuführen, was auch gelang. Die gleichzeitig mit zur Sprache gebrachte Lohnregulierung konnte infolge Abreise des Arbeitgebers nicht erledigt werden.

Mühlhausen i. Thür. Auf der Tagesordnung unserer gut besuchten Mitgliederversammlung stand: Einnahmestellung zum Verbandstage. Die einzelnen Punkte über Statutenänderungen, Staffellungen der Beiträge und Unterstützungen wurden ausgiebig besprochen. Die Versammlung beschloß einen Delegierten für den 27. Wahlkreis aufzustellen. Es wurde Kollege Friß Müller, Stadtschulmeister, vorge-

schlagen, und einstimmig gewählt. Wir ersuchen die Filialen, die im 27. Wahlkreis in Frage kommen, sich mit dem Kollegen Müller in Verbindung zu setzen, damit er bei einer eventuellen Wahl die Wünsche der betreffenden Filialen Rechnung tragen kann. Wir glauben mit dem Kollegen Müller einen äußerst tüchtigen Kollegen auf den Verbandstag entsenden zu können.

Nürnberg. Eine am 2. Juli stattgefundene gutbesuchte Mitgliederversammlung nahm Stellung zum Verbandstag. Verschiedene Teile der Zentralvorstandsberichte lösten einen lebhaften Widerspruch aus. So vor allem der Versuch, das Streikrecht der Kollegen einzuzengen, wie er sich in den Anträgen zu § 3 Abs. 4 und der Regelung der Streikunterstützung zeigt. Auch an der Gesamtpolitik des Zentralvorstandes wurde lebhaft Kritik geübt. Beschlossen wurde, an den Verbandstag Anträge zu stellen, bezüglich der Wahrung des Streikrechts der Mitglieder, in der Frage der Staffelleistungen, wo die Nürnberger Kollegenschaft am dem Prinzip des Einheitsbeitrages festhält. Es soll die Karenzzeit bei der Krankenunterstützung wieder auf sieben Tage herabgesetzt werden. Ferner soll beantragt werden, daß Nürnberg einen Ortsbeamten bekommt, da der jetzige Zustand unhaltbar ist, wenn des Verbandsinteresse nicht geschädigt werden soll. Als Kandidaten zum Verbandstag wurden vorgeschlagen die Kollegen: Joh. Meyer, Findeisen, Ehrbacher, Schramm und Georges. Die Wahl des Delegierten wird in einer Versammlung vorgenommen werden, in der Stellung zu den dann veröffentlichten Anträgen genommen werden kann. Zum Schluß wurden noch eine Reihe Berufsangelegenheiten besprochen. Auch an dieser Stelle richten wir an alle Kollegen die dringende Mahnung, fest zum Verband zu stehen und auch fernwehig durch eifrige Mitarbeit die Interessen aller Kollegen und Kolleginnen zu wahren.

Netersen. Am Sonnabend, den 28. Juni, tagte in Schippmanns Herberge unsere monatliche Mitgliederversammlung. Die Versammlung erklärte sich mit dem vorliegenden Statutenentwurf einverstanden. Ferner wurde beschlossen, folgenden Antrag zum Verbandstag einzubringen: „Die Verwaltungsstelle Netersen in Holstein fordert Rechenschaft über die Festlegung des Verbandsvermögens.“ (Anmerkung des Vorstandes: Dem Verbandstage wird selbstverständlich völliger Aufschluß über die Vermögensbestände gegeben werden. Die Verwaltungsstelle Netersen wird aber gebeten, Aufschluß über den Verbleib der Lokalkasse zu geben, die bei Ausbruch des Krieges verschwand.) Ferner wurde über den Stand unserer Lohnbewegung gesprochen. Da die bisher geführten Verhandlungen zu keiner Einigung führten, wurde, nachdem die Kollegen anderweitig Unterkunft gefunden hatten, über die Betriebe die Sperre verhängt. Leider haben schon die Sattler Bartuschky und Maack ihre Kollegen schamlos verraten. Außerdem hielten es drei weibliche Mitglieder nicht für nötig, die Betriebe zu verlassen. Es wurde der Beschluß gefaßt, sämtliche wegen Sperrebruchs auszuschließen. (Anmerkung der Redaktion: Berichte für die Zeitung sind nur auf eine Seite des Papiers zu schreiben.)

Zeitz. In der am 8. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde zu Punkt 1 „Anträge zum Verbandstag“ folgender Antrag gestellt und auch einstimmig angenommen: Nichtwiederwahl derjenigen Vorstandsmitglieder und Gauvorsteher, die auf dem Boden der Politik der Generalkommission stehen. Als Delegierter zum Verbandstag wurde seitens der Ortsverwaltung der Kollege Keller in Vorschlag gebracht und erfolgte dessen Wahl einstimmig. Hierauf gab der Kassierer den Kassierenbericht vom 2. Quartal. Zu verzeichnen war eine Einnahme von 1116,70 Mk., eine Ausgabe von 297,75 Mk. An die Hauptkasse gefandt wurden 818,95 Mk. Und machte sich eine Neuwahl eines Kassierers notwendig, hierfür wurde Kollege Neß einstimmig gewählt.

Bekanntmachung der Hauptverwaltung.

Portofreiheit für die Arbeitslosenstatistik.

Die grauen und gelben Karten für die Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit sind in Zukunft nicht mehr portopflichtig, wenn der handschriftliche Vermerk: „Portopflichtige Dienstsache“ an sichtbarer Stelle auf die Berichtstarten eingetragen wird. Karten, welche diesen Vermerk nicht tragen, werden mit Strafporto belegt. Die Portofreiheit wird weiter nur unter der Voraussetzung gewährt, daß der Verbandsvorstand diese Karten abholen läßt. Aus diesem Grunde ist es geboten, die bezeichneten Termine einzuhalten. Die nächste Arbeitslosenzählung findet am Sonnabend, den 26. Juli, statt, und werden die Ortsverwaltungen

ersucht, die graue Karte bis spätestens Montag, den 4. August einzusenden.

Adressenverzeichnis.

Die Neuherausgabe eines Adressenverzeichnisses macht sich notwendig. Die Ortsverwaltungen werden gebeten, alle Änderungen sofort, spätestens aber bis Ende des Monats einzusenden.

Der Vorstand.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Auf Antrag der Ortsverwaltung Netersen i. H. wurden die Mitglieder Fr. Schlut B.-Nr. 41 925, Fr. Grünwaldt B.-Nr. 41 921 und Frau Mewes B.-Nr. 41 922 wegen Sperrebruch aus dem Verbands ausgeschlossen.

Der Lokalaufschlag für die Verwaltungsstelle Köln beträgt ab der 32. Woche für alle Mitglieder wöchentlich 30 Pf.

Der Lokalaufschlag für Witterfeld beträgt ab 4. August 30 Pf. wöchentlich.

Wahlvorschläge zum Verbandstag in Nürnberg.

Als Kandidaten für die Generalversammlung in Nürnberg wurden folgende Kollegen vorgeschlagen:

- 10. Wahlkreis: G. Dappan, Stettin; K. Grubbe, Brandenburg.
- 11. Wahlkreis: M. Dietrich, Königsberg; Löwenthal, Danzig.
- 12. Wahlkreis: R. Rudolf, Breslau.
- 13. Wahlkreis: Dr. Walter, Görlitz; Dr. Sonnenburg, Bauen.
- 14. Wahlkreis: E. Fänike, Halle.
- 15. Wahlkreis: G. Keller, Zeitz; P. Dapp, Arnstadt; E. Flosch, Jena.
- 16. Wahlkreis: F. Dammal, Zwickau; Mag Zimmermann, Chemnitz; Paul Kolmorgen, Freiberg.
- 17. Wahlkreis: D. Franz, Bayreuth; G. Göttling, Bamberg; A. Echtein, Erlangen; J. König, Augsburg.
- 18. Wahlkreis: A. Aue, Neutlingen; G. Eifenhardt, Ulm; E. Wehrle, Konstanz; Bühler, Heilbronn.
- 19. Wahlkreis: Fr. Stoll, Karlsruhe.
- 20. Wahlkreis: G. Mebs, Frankfurt/Main.
- 21. Wahlkreis: L. Pfaff, Jfenburg; E. Weigel, Wieser.
- 22. Wahlkreis: M. Bernhardt, Mühlheim/Main; G. Brehl, Feschenheim.
- 23. Wahlkreis: J. Paul, Hausen; K. Mohrbach, Bischofsheim.
- 24. Wahlkreis: P. Gehring, Düsseldorf; Fr. Hein, Duisburg; Fr. Bestner, Köln.
- 25. Wahlkreis: W. Berweis, Hagen; Scherer, Elberfeld.
- 26. Wahlkreis: A. Berger, Essen; D. Prieb, Bielefeld.
- 27. Wahlkreis: Fr. Müller, Mühlhausen; Emil Pohl, Kassel.
- 28. Wahlkreis: G. Paul, Braunschweig; F. Röser, Barel.

Die Wahlkreise, die aus mehreren Verwaltungsstellen bestehen, müssen unbedingt die Hauptwahlen am 1., 2. und 3. August vornehmen. Vorher und nachher stattfindende Wahlen können nicht als gültig anerkannt werden. Die Resultate der Hauptwahlen sind sofort nach der Wahl an die Hauptverwaltung einzusenden, siehe § 14, Absatz 2.

In Nr. 33 der „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“ vom 15. August werden die Resultate der Wahlen und die sich ergebenden Stichwahlen bekanntgemacht werden.

Die Stichwahlen finden über Zeit vom 22., 23., 24. August statt.

Die Wahlen dürfen nur durch Stimmzettel, welche mit dem Stempel der Ortsverwaltung versehen sind, vorgenommen werden. Die abgegebenen Stimmzettel sind mit den Wahlprotokollen sofort einzusenden.

Der Vorstand.

J. A.: B. Blum, Vorsitzender.

Adressenänderungen.

Halle a. S. K. u. R. U.: D. Jentner, Große Brauhausstraße 31, Hof III. 5-7 Uhr, S. 11-1.
Hannau i. Schl.: B.: W. Vogel, Diegnitzer Straße 23 II. K.: R. Koch, Parkstr. 13, p.

Bücherchau.

Vom „Führer durch das preussische Einkommensteuergesetz“ von Rudolf Wissell ist bei der Buchhandlung „Vorwärts“ in Berlin gerade recht-

Bekanntmachung.

Zentral-Krankenkasse der Sattler, Portefeuller und Berufsgenossen Deutschlands zu Berlin. V. a. G.

Die stimmberechtigten Kassenmitglieder werden hiermit zu den nachstehend aufgeführten, am 19. und 20. Juli d. J. stattfindenden Mitgliederversammlungen mit dem Ersuchen eingeladen, recht zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Wahl der Vertreter zu der am 18. August d. J. in Hamburg stattfindenden Generalversammlung.
2. Verschiedenes.

Augsburg. Wannen-Elberfeld. Restaurant Stöder, am Landgericht, abends 6 Uhr.

Berlin. Hofstr. 6. Kassenlokal, abends 9 Uhr.
Bielefeld. Restaurant Rothschild, Königstraße, abends 7 Uhr.

Brandenburg. Volkshaus, Steinstr. 42, abends 6½ Uhr.
Braunschweig. Restaurant Fürstenhof, Stobenstraße, nachmittags 4 Uhr.

Bremen. Bremerhaven. Kassenlokal, abends 7 Uhr.
Breslau. Restaurant zum Blauen Schiff, Herrnh. 19, abends 7 Uhr.

Cassel. Lokal von Sommer, Graben 56, abends 7 Uhr.
Chemnitz. Rest. Goethegarten, abends 8½ Uhr.

Cöln. Restaurant Boor, Frankentwerf 5, abends 7 Uhr.
Dresden. Im Volkshaus, Zimmer 4, abends 7 Uhr.

Düsseldorf. Hotel Zenders, Friedrichstr. 21, abends 7 Uhr.

Erfangen. Restaurant Deutscher Hof, Waldstraße, abends 7 Uhr.
Essen. Restaurant von Zündorf, Piekenbrockstraße, abends 6 Uhr.

Hildesburg. Gasthof Göds, Notestr. 14, 7½ Uhr.
Frankfurt. Im Gewerkschaftshaus, Kolleg 5, nachmittags 4 Uhr.

Freiburg. Restaurant D. Otto, Bahnhofstraße, abends 7 Uhr.
Würzburg. Gasthof zum goldenen Kreuz, Langestraße, abends 7 Uhr.

Halle a. S. Diebedbräu, Gr.-Berlin 14, abends 7 Uhr.
Hamburg. Verbandsbureau, Gewerkschaftshaus, abends 7 Uhr.

Hannover. Kassenlokal, abends 7 Uhr.
Heilbronn. Lokal Schöller, Allerheiligenstraße, abends 7 Uhr.

Karlsruhe. Im Kassenlokal, abends 7 Uhr.
Kuppenheim. Gasth. zum Ochsen, abends 8½ Uhr.

Leipzig. Volkshaus, Zeiger Straße, abends 7 Uhr.
Leipzig. Kantine der Artilleriewerkstatt, abends 7 Uhr.

Magdeburg. Rest. A. Henze, Gr. Junkerstr. 15, abends 5 Uhr.
Mülheim. Im Kassenlokal, abends 7 Uhr.

München. Restaurant Lampgarten, Jägerstr. 14, abends 7 Uhr.
Nürnberg. Rest. Seibold, Ecke Wiesenstraße und Hummelsteiner Weg, abends 7½ Uhr.

Offenbach. Lokal Rheinischer Hof, Herrenstraße, abends 8 Uhr.
Potsdam. Restaurant Hausmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 38, abends 7 Uhr.

Reutlingen. Restaurant z. Pfauen, Mühltor, abends 7 Uhr.
Müßelsheim.

Siegburg. Rest. z. Faß, Louisenstr. 1, am 20. Juli, vormittags 10 Uhr.
Solingen.

Spandau. Kassenlokal, Kuhleberer Str. 15, abends 7 Uhr.
Stuttgart. Restaurant Lauterwasser, Notebühlstr. 61, abends 7 Uhr.

Ulm-Neu-Ulm. Lokal Prinz Arnulf, abends 7 Uhr.
Basel. Hof von Oldenburg, abends 7 Uhr.
Beit. Restaurant Steinert, abends 8 Uhr.

Der Vorstand.

Wilhelm Giese, Vorsitzender.

Otto Schubert, Kassierer.

Wo Lokale nicht angegeben sind, werden die Mitglieder durch die Ortsverwaltung schriftlich eingeladen.

zeitig zur bevorstehenden Steuerbeantragung eine neue Auflage erschienen und dürfte allen denen willkommen sein, die eine Nachprüfung ihrer Veranlagung auf ihre Richtigkeit und eine Reklamation gegen eine eventuelle unrichtige Veranlagung vornehmen wollen. Für die gute Eignung des Buches in der Praxis spricht die bisherige Auflageziffer (43 000). Der Preis beträgt 1 Mk.

Zur Kritik der freien Wirtschaft. Eine neue zeitliche Begründung der Sozialisierung von Ingenieur Dr. Alfred Striemer. Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“. Preis 1 Mk.

Verband der Sattler und Portefeuller Ortsverwaltung Frankfurt a. M.

Donnerstag, den 31. Juli, abends 5½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Kleiner Saal A:

Quartalsversammlung

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verbandstag in Nürnberg.
3. Verbandsangelegenheiten.

Um vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ersucht
Die Ortsverwaltung.

Selbständiger Arbeiter

auf Reiseartikel, mit Aussicht auf Musterstelle, für dauernd gesucht; gute und billige Verpflegung am Plage. Ausführliche Offerten mit Gehaltsansprüchen an

**A. Ritter, Lederwarenfabrik
Bocholt i. W.**

Geübte Sattler

für Maul-, Steg- u. Keil-Taschen

für sofort gesucht.

**Friedrich Kirschner, Kommanditgef.,
Düsseldorf, Roperniusstraße 26.**

Reiseartikel- und Lederwarenfabrik.

Lederwarengeschäft

zu kaufen bzw. Beteiligung
gesucht

von großem Engros-Geschäft, welches in der Lage ist, erstklassige Waren ständig liefern zu können. Offerten unter „E. 8“ an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität
**Bruno Steffen, Berlin SW. 19,
Lindenstr. 63.**
Gegründet 1880.
Preislisten S. P. gratis und franko.

Sterbetafel.

Breslau. Paul August, 22 Jahre alt, ertrunken.

Mühlhausen i. Th. Fritz Strobel, 15 Jahre alt, Gehirnentzündung.

Ulm. Eduard Wulf, Herzleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Stepper

für

Ranten-Nähmaschine

per sofort gesucht.

**Hermann Kaufmann
Berlin, Schwedter Straße 9.**

Geübte

Täschner und Sattler auf Reisetaschen

ufw. gesucht.

**Hermann Clemen, Kommandit-Ges.
Elberfeld, Schließfach 312, Neunteich 54-56.**

Karabiner-Futterale

neu, aus Ia gelb. Blankleder, ca. 1 Meter lang, über 4 Pfund wiegend, aus 2 großen Flächen hergestellt, groß. Posten abzugeben. Muster gegen festen Preis von 35 Mk. Dieselben Futterale jedoch gebraucht zum halben Preise.

Karl Hammer, Darmstadt, Fernruf 2844.

Zu kaufen gesucht:

Eine gut erhaltene

„Fortuna“-Schürfmaschine

Offerten mit Preis und Typenangabe an

**E. Biedermann, Reiseartikel,
Neuchâtel (Schweiz).**

Fachbücher für Sattler.

Bergerhoff, Der moderne Tapezierer, broschiert 10,10 Mk., gebunden 12,70 Mk.

Koepfer, Der Handwerker als Kaufmann, broschiert 5,45 Mk., gebunden 7,40 Mk.

Morgenstern, Der Sattlerlehrling, 1 Mk.

Morgenstern, Praktische Buchführung für den Handwerkerstand, 1,10 Mk.

Rausch, Der Wagenfabrikant, broschiert 12,05 Mk., gebunden 16,20 Mk.

Rausch, Der praktische Sattler, broschiert 15,95 Mk., gebunden 19,— Mk.

Reibestahl, Der Automobil- und Luftschiffattler, broschiert 5,45 Mk., gebunden 7,40 Mk.

Reinisch, Der Wagenkasten und sein Plan, broschiert 6,85 Mk., gebunden 9,45 Mk.

Reuter, Die Schule des Tapezierers, broschiert 10,10 Mk., gebunden 14,— Mk.

Schlüter, Aufschneiden der Sattler-, Riemen- und Täschnerarbeiten, in Mappe 10,10 Mk.

Bei Einsendung des Betrages portofreie Zusendung.

**Joh. Sassenbach, Berlin 16,
Engelufer 15.**

Wir suchen
**geübte Sattler für Leder-Suitcases und
Maulbügeltaschen**

bei guten Lohnverhältnissen.

Strauß, Kirschbaum & Co., Düsseldorf.